

Christoph Bernhardt

## Müde Arbeiter in grauen Städten

### Entwicklungslinien und Ambivalenzen der Urbanisierungspolitik der DDR

#### 1. Einleitung

Bei einer Zusammenschau der Forschungslage zur Gesellschaftspolitik des SED-Staates und zur Entwicklung seiner Städte ergibt sich ein widersprüchliches Bild: Zwar wurde der radikale Gesellschaftsumbau in Richtung einer stark nivellierten, auf die Leitfigur „des Arbeiters“ ausgerichteten „betriebszentrierten“ Gesellschaft vordergründig erfolgreich umgesetzt, wenn auch mit wirtschafts- und gesellschaftspolitisch fatalen Folgen. „Mißmutige Loyalität“ (Lüdtke),<sup>1</sup> „Anpassung und Meckern“, partizipative Mechanismen (Fulbrook)<sup>2</sup> oder die sozialen Spannungen innerhalb der DDR-Gesellschaft (Port)<sup>3</sup> trugen zum Fortbestehen der sozialistischen Diktatur über immerhin vier Jahrzehnte hinweg wesentlich bei. Die Erosion und der Kollaps des Systems wurden schließlich von einer Bürgerbewegung außerhalb der Betriebe entscheidend vorangetrieben. Im Kontrast dazu fällt das Bild für die DDR-Städte – ebenso wie für die Konsumpolitik<sup>4</sup> – deutlich ambivalenter aus: Die DDR-Kommunen waren sowohl Exerzierfelder der sozialistischen Strukturpolitik, die zu Bastionen der DDR-„Fürsorgediktatur“<sup>5</sup> ausgebaut wurden, als auch Arenen und Gegenstand massiver gesellschaftlicher Kritik und Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Der vorliegende Aufsatz diskutiert diese Ambivalenzen als Ausdruck eines grundlegenden Widerspruchs zwischen der tendenziell egalitären, „arbeiterfixierten“, betriebszentrierten und vom „Festhalten am traditionellen Industrialisierungskonzept“ (Hübner)<sup>6</sup> geprägten staatlichen Politik und dem zunehmenden, gerade in den Städten sichtbaren soziokulturellen Wandel der DDR-Gesellschaft. Dabei wird das Spannungsverhältnis sichtbar zwischen einer Urbanisierung, die von der Zentrale als makroökonomisch definierte, politisch gesteuerte Strukturpolitik konzipiert war und einer Stadtentwicklungspolitik vor Ort, die sich dem soziokulturellen Wandel stellen und den Ansprüchen der Stadtbewohner an Lebensqualität und Mitsprache gerecht werden musste. Diese Widersprüche werden exemplarisch am Beispiel von vier als Renommierprojekte neu errichteten Industriestädten untersucht, in denen sie besonders deutlich hervortraten. In einem weiteren Schritt wird dieser grundlegende soziokulturelle Wandel anhand der Darstellung von Städten und ihren Bewohnern in Malerei und Fotografie verfolgt, die seismographisch

<sup>1</sup> Alf Lüdtke: „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Hartmut Kälble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 188–213.

<sup>2</sup> Mary Fulbrook: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008.

<sup>3</sup> Andrew Port: Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland, Berlin 2010.

<sup>4</sup> Zur Bedeutung der Konsumpolitik als eine die Politik der Egalisierung seit den 1960er Jahren zunehmend modifizierende und differenzierende Strategie vgl. unten S. 260f.

<sup>5</sup> Konrad H. Jarausch: Fürsorgediktatur, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, <http://docupedia.de/zg/Fürsorgediktatur> (Zugriff vom 15.6.2016).

<sup>6</sup> Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995, S. 243.

wichtige Verschiebungen in der Selbstwahrnehmung der DDR-Gesellschaft dokumentieren. Die dabei besonders interessierende ideologische Leitfigur des Arbeiters reflektiert in ihrer relativen Stabilität die Beharrungskräfte des Systems. Doch erscheint seine langfristig fortschreitende Erosion infolge der sozialkulturellen Differenzierung der städtischen Gesellschaft und der künstlerischen Reflexion über „müde Arbeiter und graue Städte“ geradezu folgerichtig.

## 2. Sozialistische Urbanisierung als Strukturpolitik und Herrschaftssicherung

In der Frühzeit der Konstituierung und Konsolidierung des sozialistischen deutschen Teilstaats sah sich die DDR-Führung einer doppelten Herausforderung gegenüber. Einerseits galt es, die immensen Probleme des Wiederaufbaus zu bewältigen, die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und damit zugleich die Legitimation des neu begründeten Staates nach innen zu stärken. Andererseits bildete die Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine Existenzfrage im Wettstreit der Systeme. Sie sollte im Sinne der sowjetischen Doktrin mit einer massiven Industrialisierung der Volkswirtschaften in Osteuropa erreicht werden. Das bedeutete im Kontext der deutschen Teilung insbesondere, die wegfallende westdeutsche Kohle-, Stahl- und Maschinenbauproduktion zu kompensieren, denn nur so erschien die Lebensfähigkeit des ostdeutschen Teilstaates mittelfristig gesichert.<sup>7</sup>

Die Umsetzung dieser Politik schlug sich in einer Strategie der Raumentwicklung nieder, die neue Industriekerne in vormals agrarischen Räumen begründete und bestehende Wirtschaftsstandorte und Siedlungsstrukturen stark industriell überformte. In beiden Fällen waren ökonomisch motivierte Strukturpolitik und politische Herrschaftssicherung eng miteinander verknüpft. Das Ziel, ehemals agrarisch oder kleingewerblich dominierte Gebiete großräumig zu industrialisieren und zu urbanisieren, hatte in der Sowjetunion bereits seit den 1930er Jahren zur Begründung ganzer neuer Städtenetze geführt, die im Dienste der Rohstoffförderung aus dem Boden gestampft wurden.<sup>8</sup> In dem traditionell deutlich stärker urbanisierten ostdeutschen Staat wurde zwar das überlieferte Städtesystem eher nur punktuell ergänzt als wesentlich erweitert.<sup>9</sup> Doch errichtete der SED-Staat zwischen 1951 und 1970 die neuen Industriestädte Eisenhüttenstadt, Schwedt, Hoyerswerda und Halle-Neustadt, die über ihre wirtschaftspolitische Funktion hinaus explizit der sozialistischen Herrschaftssicherung dienten und dementsprechend propagandistisch ausgestellt wurden.<sup>10</sup> Die parallel dazu verfolgte Strategie einer ökonomischen Umprofilierung von Städten und Regionen führte zur Herausbildung monostruktureller Industrieregionen wie etwa des „Braunkohlebezirks Cottbus“. Im Fall der Aufwertung der Kleinstadt Neubrandenburg zur Industrie- und Bezirksstadt resultierte daraus eine spektakuläre, po-

<sup>7</sup> Vergleiche die Argumentation des Chefplaners der neuen Planstadt Eisenhüttenstadt Kurt W. Leucht, in: ders.: Die erste neue Stadt in der Deutschen Demokratischen Republik. Planungsgrundlagen und -ergebnisse von StalinStadt, Berlin 1957, S. 9.

<sup>8</sup> Vgl. Barbara Engel (Hrsg.): Die Zukunft der blauen Städte in Sibirien, Cottbus 2002.

<sup>9</sup> Vgl. Christoph Bernhardt: Disparitäten als Tabu. Aspekte räumlich-sozialer Ungleichheit im Sozialismus am Beispiel von Industrieregionen der DDR und Polens, in: Friedrich Lenger/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung – Entwicklung – Erosion, Köln 2006, S. 307–322, hier S. 313.

<sup>10</sup> Vgl. Elisabeth Knauer-Romani: Eisenhüttenstadt und die Idealstadt des 20. Jahrhunderts, Weimar 2000.

litisch induzierte Stadtkarriere.<sup>11</sup> Die Doppelfunktion der sozialistischen Urbanisierung zwischen Strukturpolitik und Herrschaftssicherung soll im Folgenden am Beispiel der vier Neuen Städte sowie anhand der Transformation der Hansestadt Rostock genauer betrachtet werden.

Die vier genannten neuen Industriestädte entstanden in der Logik der skizzierten strukturpolitischen Strategie zunächst unmittelbar als Folge von Standortentscheidungen zur Errichtung von Großbetrieben der Stahlerzeugung sowie der Kohle- und Chemieindustrie. Sie waren zu Beginn kaum mehr als „Wohnstädte am Werk“ und von den Unternehmen vollständig abhängig. Stalinstadt, 1961 umbenannt in Eisenhüttenstadt, wurde 1951 im Rahmen des ersten Fünfjahrplans als „erste sozialistische Stadt in Deutschland“ an der polnischen Grenze für die Arbeiter des Eisenhüttenkombinates J. W. Stalin (später Eisenhüttenkombinat Ost/EKO) errichtet. Dem Energiekombinat „Schwarze Pumpe“ diente der 1957 begonnene Bau von Hoyerswerda in der Lausitz, dem Petrochemischen Kombinat (PCK) die 1960 im Rahmen des „Chemieprogramms“ begründete neue Planstadt Schwedt an der Oder, etwa hundert Kilometer nördlich von Eisenhüttenstadt.<sup>12</sup> Ebenfalls für die Chemieindustrie bzw. die Wohnbedürfnisse der Chemiearbeiter im Bezirk Halle-Bitterfeld wurde ab 1964 Halle-Neustadt errichtet.<sup>13</sup>

Neben der Berücksichtigung ökonomisch relevanter Standortfaktoren, wie z. B. eine gute Erreichbarkeit für Rohstofflieferungen, spielte das politische Motiv einer sozialen Durchdringung von als agrarisch-reaktionär betrachteten Gebieten sowie deren Transformation zu proletarischen Vorzeigeregionen bei den Entscheidungen über die Ansiedlungen eine wichtige Rolle. Der Werksdirektor des PCK Schwedt, Werner Hager, artikulierte 1963 dieses Sendungsbewusstsein in charakteristischer Weise, wenn er stolz von seinem Kombinat als einem „Zentrum der Arbeiterklasse“ in einem vorher agrarisch geprägten Gebiet sprach und ihm eine überregionale kulturelle Bedeutung zuwies.<sup>14</sup> Die Ansiedlung der neuen Industriestrukturen in wenig erschlossenen Gebieten verursachte allerdings hohe Kosten für die infrastrukturelle Erschließung, etwa mit Verkehrswegen, Ver- und Entsorgungsnetzen usw. Bei der letzten der vier Neugründungen, Halle-Neustadt, gingen Partei und Staat daher von der Maxime einer Stadtgründung „auf der grünen Wiese“ ab und lagerten die neuen Wohngebiete an die Großstadt Halle an, um die dort vorhandenen Einrichtungen zu nutzen.

Zur Durchsetzung ihrer industrialistischen Struktur- und Raumentwicklungspolitik schufen Partei und Staat ein eigenes Institutionensystem, zu dem etwa die Forschungsleitstelle für Territorialplanung bei der Zentralen Plankommission oder die Büros für Territorialplanung auf regionaler Ebene zählten.<sup>15</sup> Diese vertraten vorrangig den im zentralen Partei- und Regierungsapparat favorisierten Ansatz der „territorialen Ökonomie“. In diesem

<sup>11</sup> Vgl. zu Neubrandenburg Brigitte Raschke: Der Wiederaufbau und die städtebauliche Erweiterung von Neubrandenburg in der Zeit zwischen 1945 und 1989, München 2005.

<sup>12</sup> Vgl. Philipp Springer: Verbaute Träume. Herrschaft, Stadtentwicklung und Lebensrealität in der sozialistischen Industriestadt Schwedt, Berlin 2006.

<sup>13</sup> Vgl. Thomas Topfstedt: Städtebau in der DDR 1955–1971, Berlin 1988; Christoph Bernhardt: Laboratoires de l'État-providence industriel. Les villes nouvelles en RDA, in: Les Annales de la Recherche Urbaine 98 (2005), S. 127–135.

<sup>14</sup> Zitiert nach Arnulf Siebenecker: Auftrags-Werke. Bildende Kunst in den Großbetrieben der DDR, in: Monika Flacke (Hrsg.): Auf der Suche nach dem verlorenen Staat. Die Kunst der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Berlin 1994, S. 61–77, hier S. 62.

<sup>15</sup> Vgl. Wendelin Strubelt: Regionale Disparitäten zwischen Wandel und Persistenz, in: ders. (Hrsg.): Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses, Opladen 1996, S. 11–110.

wurden Urbanisierung und Stadtentwicklung als der Produktionssphäre nachgeordnete, plan- und damit steuerbare „Standortverteilung der Produktivkräfte“ zum Zweck einer „weitere(n) Vervollkommnung der bestehenden Territorialstruktur“ begriffen.<sup>16</sup> Ein wichtiges strukturpolitisches Instrument der Raumentwicklung bildete auch das siebenstufige urbanistische Klassifikationsschema der DDR. Das Schema gab Orientierungswerte für die infrastrukturelle Ausstattung von Städten verschiedener Größe vor und folgte ähnlichen Prinzipien wie das in der BRD umgesetzte Christaller'sche Modell der zentralen Orte.<sup>17</sup>

Langfristig führten die zentrale Steuerung und die vom ökonomischen Krisenregime erzwungene zunehmende Konzentration der Investitionen für Industrie, Infrastruktur und Wohnungsbau auf eine begrenzte Zahl von Standorten zu starken regionalen Disparitäten. Ein besonders großes Gefälle bestand zwischen der vielfach privilegierten Hauptstadt Berlin und den altindustrialisierten Regionen im Süden, wie z. B. Leipzig, die etwa bei der Ansiedlung von Betrieben für Forschung und Entwicklung benachteiligt wurden.<sup>18</sup> Die wesentlich makroökonomisch und herrschaftspolitisch bestimmte Strategie der Raumentwicklung führte in steigendem Maße zu Konflikten mit regionalen Akteuren inner- und außerhalb des Partei- und Staatsapparates. Diese entzündeten sich unter anderem an der Verpflichung der DDR-Bezirke, mit materiellen und personellen Ressourcen zum Aufbau des neuen Berliner Stadtteils Hellersdorf und zur Modernisierung der Berliner Innenstadt im Vorfeld des Stadtjubiläums 1987 beizutragen, sowie am Streit um die Berücksichtigung kultureller Belange in der Stadtentwicklung.<sup>19</sup>

### **3. Mechanismen der Legitimationsbildung und urbanes Wohlstandsregime: Das Beispiel Schwedt**

Am Beispiel der zweiten „Neuen Stadt“ Schwedt lässt sich modellhaft zeigen, dass und wie die Stadtgründungen nicht nur Produktionsstandorte von gesamtstaatlicher Bedeutung absichern sollten, sondern darüber hinaus auch wichtige propagandistische und legitimationsbildende Funktionen besaßen. Sie wurden nach den jeweils aktuellen Losungen der Partei aufwendig inszeniert. Während Eisenhüttenstadt den Aufbaumythos der 1950er Jahre repräsentierte, wurden das 1960 neu begründete Schwedt und die dort etablierte Chemieindustrie als „Synonym für Wohlstand und Schönheit“ herausgestellt.<sup>20</sup> Die Bestimmung Schwedts war es, in Umsetzung der 1958 gefällten Entscheidung des fünften

---

<sup>16</sup> Friedemann Röhr: Inhalt und Tendenzen der Urbanisierung, in: *Architektur der DDR* 11 (1976), S. 665–669, hier S. 666. Vgl. dazu auch Christoph Bernhardt: Die sozialistische Stadt zwischen Partizipation, Herrschaft und Aneignung, in: Thomas Großbölting/Rüdiger Schmidt, (Hrsg.): *Gedachte Stadt – Gebaute Stadt. Urbanität in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz 1945–1990*, Köln 2015, S. 249–266.

<sup>17</sup> Vgl. Hans Heinrich Blotevogel: Zentrale Orte, in: *Handwörterbuch der Raumordnung*, Hannover 2005, S. 1307–1315, hier S. 1310.

<sup>18</sup> Siegfried Grundmann: Räumliche Disparitäten in der DDR, in: Lothar Mertens (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit in der DDR. Zu einem tabuisierten Strukturmerkmal der SED-Diktatur*, Berlin 2002, S. 159–201, hier S. 178.

<sup>19</sup> Vgl. die Darstellung des ehemaligen Stadtarchitekten Hans-Peter Kirsch: Zwischen Zentralisierung und beginnender Rekommunalisierung. Erfahrungen in Schwedt, Jena und Magdeburg, in: Christoph Bernhardt/Thomas Flierl/Max Welch Guerra (Hrsg.): *Städtebau-Debatten in der DDR. Verborgene Reformdiskurse*, Berlin 2012, S. 130–136.

<sup>20</sup> Siebenecker: *Auftrags-Werke*, S. 62.

Parteitags der SED zum Start des großen „Chemieprogramms“ mehrere zu einem Kombinat gebündelte große Chemiebetriebe aufzunehmen. Hier sollte das ganze Spektrum der Petrochemie entwickelt und dafür Rohöl aus der Sowjetunion über die durch mehrere sozialistische Länder geführte Erdölleitung „Freundschaft“ bezogen werden.<sup>21</sup> Das Fällen der ersten Bäume auf dem Bauplatz 1959 wurde als höchst symbolische Zeremonie inszeniert, bei der eine goldene Zukunft im Sozialismus heraufbeschworen wurde, und später häufig literarisch verarbeitet und stilisiert („Damals standen Kiefern“),<sup>22</sup> ähnlich wie neun Jahre vorher die ersten Axthiebe des damaligen Industrieministers Fritz Selbmann in Eisenhüttenstadt. Am Ende einer großen landesweiten Kampagne, mit der tausende von FDJ-Mitgliedern sowie Soldaten zur Unterstützung der sowjetischen Experten mobilisiert wurden, konnte Walter Ulbricht die Pipeline im Dezember 1963 eröffnen.<sup>23</sup>

Die rasche Expansion der Produktion im PCK und anderen in Schwedt angesiedelten Industriebetrieben, wie etwa einer großen Papierfabrik, bedurfte einer großen Zahl an Arbeitern. Bereits 1967 waren ca. 3000 Arbeiter im PCK beschäftigt, und in der Folgezeit wanderten bis zu 2000 Menschen jährlich in die bis dahin kleine Stadt ein. Demzufolge explodierte die Einwohnerzahl von rund 6200 (1958) über etwa 34000 (1970) bis auf 51000 (1989), obwohl die ursprüngliche Planung von 1959 auf eine Stadt mit nur etwa 20000 Einwohnern ausgelegt gewesen war. Doch bereits in der Mitte der 1960er Jahre kalkulierte der Ministerrat der DDR mit einer Zahl von 60000 Einwohnern für 1980.<sup>24</sup>

Die Einwohner Schwedts waren im Vergleich zu denen anderer peripher gelegener Städte privilegiert, was zum Beispiel die Löhne, die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur und demzufolge auch den allgemeinen Lebensstandard betrifft.<sup>25</sup> Als besonders attraktiv galten die technischen Standards in den neuen Wohnungen, insbesondere Gas- und Elektrizitätsversorgung sowie Bäder,<sup>26</sup> und die Flusslandschaft der Oder als Freizeitzone, die auch wiederholt künstlerisch gewürdigt wurde. Um Schwedt wie auch um andere „Neue Städte“ entstand eine umfangreiche literarische und kulturelle Produktion, in der Stadt und Werk besungen wurden, etwa in poetischen Bildern von Hirschen zwischen den Rohren des Werks, der Fahrradfahrt der Schichtarbeiter nach Hause usw.<sup>27</sup> Die mediale Herausstellung von attraktiven Angeboten wie vor allem Arbeitsplätzen, Natur und kultureller Infrastruktur sollte die lokale Identität stimulieren, deren Schwedt auch dringend bedurfte, um qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen. In diesem Sinne wurden etwa das Rudern in der mit einem modernen Trainingszentrum ausgestatteten Dependence des Armeesportvereins „Vorwärts“ Rostock sowie das untere Odertal als stark besuchtes Zent-

<sup>21</sup> Vgl. als zeitgenössische lokale Darstellungen Werner Viertel (Hrsg.): Festschrift Schwedt 1265–1965, Schwedt 1965, S. 57ff.; Thomas Brunn: Tabak+Erdöl=Schwedt, in: Natur und Heimat 1960, S. 259–264.

<sup>22</sup> Catharina Klahre: Damals standen Kiefern. 20 Jahre VEB Papier- und Kartonwerk Schwedt/Oder, in: Heimatkalender für den Kreis Angermünde 1980, S. 42f.

<sup>23</sup> Viertel: Festschrift Schwedt, S. 57ff.

<sup>24</sup> Vgl. Werner Rietdorf: Neue Wohngebiete sozialistischer Länder, Berlin 1976, S. 135; Topfstedt: Städtebau, S. 40.

<sup>25</sup> Vgl. Springer: Verbaute Träume.

<sup>26</sup> Vgl. dazu Christoph Bernhardt: Towards the Socialist Sanitary City: Urban Water Problems in East German New Towns, 1945–1970, in: Geneviève Massard-Guilbaud/Bill Luckin/Dieter Schott (Hrsg.): Resources of the City: Contributions to an Environmental History of Modern Europe, London 2005, S. 185–202.

<sup>27</sup> Helmut Hauptmann: Begegnungen in Schwedt, in: Elli Schmidt (Hrsg.): Städte und Stationen, Frankfurt a. M. 1970 (zuerst Rostock 1969), S. 67–77, hier S. 67ff.

rum ornithologischer Beobachtungen beworben.<sup>28</sup> Dabei wurde die massive Boden- und Wasserverschmutzung durch das PCK sowie die industrialisierte Landwirtschaft jedoch verschwiegen.<sup>29</sup>

Im Zuge des rapiden Wachstums traten allerdings zunehmend erhebliche planerische Defizite und massive städtebauliche Probleme hervor. Bereits beim Bau der ersten, noch aus vier- und fünfstöckigen Wohngebäuden bestehenden Wohnkomplexe fiel eine ambitionierte Grünflächenplanung, wie sie Eisenhüttenstadt erhalten hatte, Finanzproblemen zum Opfer.<sup>30</sup> Das bei der Planung dieser Wohnblöcke angestrebte Ziel, die Neue Stadt städtebaulich mit der erhaltenen Altstadt zu verbinden, schlug fehl. Die neuen Wohnhäuser konnten die sehr breite zentrale Magistrale, die noch auf die Zeit des Barock zurückging, nicht angemessen erfassen, das erhaltene Schloss am südöstlichen Ende der repräsentativen Straße ließ die SED 1962 sprengen.<sup>31</sup>

Die ab den 1960er Jahren errichteten vielgeschossigen Plattenbauten wiesen eine hohe Wohndichte auf und waren Ausdruck einer starken funktionalen und sozialräumlichen Segregation von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Die damit verbundene Fragmentierung der Stadt nahm noch zu, als weitere Wohnkomplexe wegen der naturräumlichen Bedingungen einer Talsandau, die keinen sicheren Baugrund bot, in größerer Distanz von der Stadt gebaut werden mussten, und damit näher am Werk als ursprünglich vorgesehen.<sup>32</sup> Diese und weitere städtebaulichen Mängel waren Ausdruck einer kurzsichtigen Planung, die keine reflektierte Strategie für die langfristige Entwicklung und das anhaltende Wachstum der neuen Stadt enthielt. Im Ergebnis kam es zu einer in mehrfacher Hinsicht defizitären Stadtentwicklung. Philipp Springer hat daher in Interviews und Dokumenten eine seit den 1970er Jahren stark abnehmende Zufriedenheit der Bewohner mit ihrer Stadt registriert, die sich in einem „Verschwinden der Zukunft“, also in einer Aufgabe der Hoffnung auf eine Verbesserung der Zustände niederschlug.<sup>33</sup>

#### 4. Zur Bedeutung informeller Netzwerke in der Stadtentwicklung: Rostock

Rostock zählte wie Schwedt zu den Gewinnern im republikweiten Ringen um die Ressourcensicherung, wie Carsten Benke und Thomas Wolfes in einer vergleichenden Analyse der Entwicklungsverläufe von DDR-Industriestädten zeigen konnten.<sup>34</sup> Bei einer genaue-

<sup>28</sup> Norbert Driesemeister: Das Trainingszentrum Rudern des Armeesportklubs „Vorwärts“ Rostock in Schwedt, in: Schwedter Jahresblätter 1986, S. 70–72; Eckhart Krätke: Das untere Odertal bei Schwedt und seine Bedeutung als zukünftiges Vogelschutzgebiet (NSG), in: Heimatkalender Angermünde 1982, S. 44–48.

<sup>29</sup> Zum Einsatz chemischer Düngemittel Werner Göppert: Ein Besuch im ACZ Schwedt/Oder, in: Heimatkalender Angermünde 1980, S. 46.

<sup>30</sup> Topfstedt: Städtebau, S. 40.

<sup>31</sup> Vgl. Philipp Springer: „Machen Sie das doch nicht so kompliziert...“. Der Schlossabriss in Schwedt 1962 und die Zukunftseuphorie der sozialistischen Industriestadt, in: Georg Wagner-Kyora (Hrsg.): Wiederaufbau europäischer Städte/Rebuilding European Cities, Stuttgart 2014, S. 163–178.

<sup>32</sup> Lutz Hermann: Stadtumbau Ost, in: Kulturpolitische Mitteilungen 96 (2002), H. 1, S. 53; Topfstedt: Städtebau, S. 37ff.; Viertel: Festschrift, S. 70, 80.

<sup>33</sup> Springer: Verbaute Träume.

<sup>34</sup> Carsten Benke/Thomas Wolfes: Stadtkarrieren. Typologie und Entwicklungsverläufe von Industriestädten in der DDR, in: Christoph Bernhardt/Thomas Wolfes (Hrsg.): Schönheit und Typenprojektion – Der DDR-Städtebau im internationalen Kontext, Erkner 2005, S. 127–164, hier S. 137.

ren Betrachtung der Ursachen wird deutlich, dass für erfolgreiche Stadtkarrieren in der DDR neben der strukturpolitischen Förderung von der zentralstaatlichen Ebene regionale Netzwerke von entscheidender Bedeutung waren. Die alte Hansestadt Rostock erfuhr in der DDR, wie oben angedeutet, einen Wandel von der Handels- zur Verwaltungs- und Industriestadt und wechselte somit ihren sozioökonomischen Typus – ein auch in epochenübergreifender Perspektive nicht oft auftretender Fall. Im Zweiten Weltkrieg stark zerstört, erlebte die Stadt im Rahmen der Strukturförderung des Nordens durch die DDR-Regierung einen steilen Aufstieg, unter anderem mit der 1945/46 gegründeten Warnow-Werft in Warnemünde und dem Bau des Überseehafens ab 1957. Vorangegangen waren bereits die Ernennungen zur „Aufbaustadt“ im Aufbaugesetz (1950) und zur Bezirksstadt 1952. Die Einwohnerzahl stieg im Verlauf der DDR-Zeit von 114 869 (1946) auf 252 956 (1989). Für die Zuzügler wurden zahlreiche neue Stadtteile, von Reutershagen I (1953–57) bis zur bandstadtartig konzipierten Großsiedlung „Dierkow“, gebaut. 1989 betrug der Anteil der nach 1945 errichteten Neubauten siebenzig Prozent des Gesamtwohnbestandes.<sup>35</sup>

Die Analyse der wichtigsten Etappen und „harten Strukturdaten“ kann zwar den Entwicklungspfad Rostocks annäherungsweise beschreiben, aber nur unvollständig erklären. Hierzu bedarf es einer Untersuchung des Stadtimages, der Außenwahrnehmungen und insbesondere der maßgeblichen personellen Netzwerke. In Rostock gelang es zum Beispiel, im Wechsel der De- und Zentralisierungsschübe in der DDR-Stadtplanung wiederholt Planungskompetenzen auf der kommunalen bzw. regionalen Ebene zu bündeln, so z. B. mit der Installierung eines Chefarchitekten und Planungsbüros 1954. Die Ende der 1960er Jahre erstellte Generalbebauungsplanung wurde zur Musterplanung für andere DDR-Städte.<sup>36</sup> Die jährliche internationale Ostseewoche machte Rostock zwischen 1958 und 1975 zum Schaufenster für das nichtsozialistische Ausland. Bei derartigen Gelegenheiten zeigte sich die örtliche SED-Führung gerne mit den Spitzen der zentralen Parteiführung, so z. B. beim Besuch Walter Ulbrichts anlässlich der groß inszenierten 750-Jahrfeier im Jahr 1968.<sup>37</sup> Die relativ reichlich fließenden Gelder und die erfolgreiche Netzwerkbildung schlugen sich auch im Bau imagebildender Gebäude wie dem großen Interhotel „Neptun“ und der bekannten Gaststätte „Teepott“ von Ulrich Müther in Warnemünde nieder,<sup>38</sup> die zu Landmarken und Wahrzeichen einer prosperierenden Stadtentwicklung wurden.

Als eine der Schlüsselfiguren innerhalb der horizontalen und vertikalen Netzwerke wirkte Harry Tisch, der langjährige Erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock (1961–75). Er blieb der Stadt auch nach seinem Aufstieg zum mächtigen Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) und Mitglied des Staatsrats eng verbunden. Der Chefarchitekt des Büros für Stadtplanung, Wolfgang Urbanski, und der Chefarchitekt des Wohnungsbaukombinates, Peter Baumbach, erhielten jeweils den Nationalpreis, die

<sup>35</sup> Frank Betker: „Einsicht in die Notwendigkeit“. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945–1994), Stuttgart 2005, S. 70ff.

<sup>36</sup> Thomas Wolfes: Stadtentwicklung in der DDR und das Fallbeispiel Rostock zwischen 1945 und 1989/90, in: Christoph Bernhardt/Heinz Reif (Hrsg.): Sozialistische Städte zwischen Herrschaft und Selbstbehauptung. Kommunalpolitik, Stadtplanung und Alltag in der DDR, Stuttgart 2009, S. 115–144, hier S. 134ff.

<sup>37</sup> Betker: Einsicht, S. 72.

<sup>38</sup> Lu Seegers: Alltag und Festkultur in der DDR, in: Bernhardt/Reif (Hrsg.): Sozialistische Städte, S. 261–274, hier S. 262ff.



höchste von der DDR vergebene Auszeichnung.<sup>39</sup> Die Kooperation über formelle Hierarchien und Abgrenzungen zwischen Partei-, Kommunal- und Bezirksstellen hinweg bildete den Kern dieses regionalen Netzwerks, das unter anderem republikweit beachtete städtebauliche Referenzprojekte wie das bekannte „Fünfgiebelhaus“ hervorbrachte.

Der spezifische Entwicklungspfad Rostocks gegenüber anderen DDR-Städten, so lässt sich in aller Kürze resümieren, bestand in einer Kumulation aus zentralstaatlicher Strukturförderung und einer besonderen Form der Vernetzung im Bau- und Planungswesen, die die inneren Widersprüche des DDR-Systems zur Etablierung einer Art „Bezirkssyndikalismus“ nutzte. Dieser bestand unter anderem in der Profilierung einer relativ eigenständigen bezirklichen Städtebaupolitik und in der Mobilisierung von Ressourcen jenseits der offiziellen Volkswirtschaftspläne, die von den Vorgaben des demokratischen Zentralismus zuweilen abwich. Allerdings durchlief auch Rostock Stagnationsphasen. Erich Honecker brachte der Stadt ein deutlich geringeres Interesse entgegen als Ulbricht, und durch die Einstellung der Ostseewoche 1975 erlitt die Stadt einen herben Rückschlag. Spätestens mit der deutschen Wiedervereinigung zeigten sich auch die Ambivalenzen dieses relativen sozialistischen Erfolgspfades. Die Großsiedlungen wurden nach 1989 zur schweren sozialpolitischen Hypothek, und überhaupt öffnete sich Rostock als Teil des „roten Nordens“ nur zögerlich für die mit der Wende von 1989/90 eingeleiteten Veränderungen.

## **5. Das Konstrukt des „Arbeiters“ im Spannungsfeld von Gesellschaftspolitik, „Betriebszentriertheit“ und städtischer Gesellschaft**

Das Konstrukt „des Arbeiters“ bzw. „der Arbeiterklasse“ und deren Rolle in der DDR-Gesellschaft sind bereits Gegenstand zahlreicher Studien, deren Ergebnisse hier auch nicht ansatzweise resümiert werden können.<sup>40</sup> Kaum bestritten wird die grundlegende Feststellung der Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung, dass es sich bei der DDR-Gesellschaft um eine weitgehend nivellierte Arbeiter- und Bauerngesellschaft von im epochenübergreifenden Vergleich außerordentlich großer sozialer Homogenität gehandelt habe.<sup>41</sup> Der radikale gesellschaftliche Umbau, mit dem die DDR Privateigentum und privates Unternehmertum weitgehend eliminierte und freie Berufe und Bildungseliten wie z. B. Rechtsanwälte, Lehrer, Ärzte und Pfarrer ihrer traditionellen sozialen Existenz beraubte, schuf eine sehr starke soziale und institutionelle Entdifferenzierung in Richtung einer „arbeiterlichen Gesellschaft“. Erwerbsarbeit als einzige legitime Art der Lebensführung begründete faktisch die staatsbürgerliche Existenzberechtigung in einer auch räumlich auf den Arbeitsort fixierten, „betriebszentrierten Gesellschaft“.<sup>42</sup>

Allerdings erfuhr das mit der Gründung der DDR etablierte Staatsziel einer sozialen Egalisierung seit den 1960er Jahren insbesondere auf dem Feld der Konsumpolitik eine Relativierung und Modifizierung, wie unter anderem Merkel, Roesler und Heldmann gezeigt haben. Das kommunistische Ideal einer möglichst egalitären „Bedürfnisbefriedigung“ wurde aufgegeben und zunehmend ersetzt durch eine Politik der Distinktion: Die

<sup>39</sup> Betker: *Einsicht*, S. 79.

<sup>40</sup> Vgl. als Überblick Arnd Bauerkämper: *Sozialgeschichte der DDR*, München 2005.

<sup>41</sup> Ebd., S. 2. Vgl. auch Grundmann: *Räumliche Disparitäten*, S. 198.

<sup>42</sup> Wolfgang Engler: *Der Arbeiter*, in: Martin Sabrow (Hrsg.): *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009, S. 218–228, hier S. 218.



SED-Führung ließ nicht nur in zunehmenden Maße zu, dass im Kontext einer differenzierten Preispolitik neben günstigen Massenbedarfsartikeln Luxusgüter angeboten wurden, „deren Preise schwindelerregende Höhen erreichen durften“.<sup>43</sup> Sie schuf dafür mit den Ladenketten „Exquisit“ und „Delikat“ auch eine eigene Infrastruktur für hochwertige und hochpreisige Konsumangebote.<sup>44</sup> Die Strategie des Regimes, Konsumwünsche der Bevölkerung zur Stärkung des Leistungsprinzips und als Stimulans zur Steigerung der Arbeitsmotivation zu nutzen, untergrub jedoch angesichts der chronischen Versorgungsgenässe die Legitimation des Regimes mittelfristig nachhaltig.

Auf dem Feld der Urbanisierungs- und Siedlungspolitik traten die Grenzen und Widersprüche einer Politik, in der der Kult des Arbeiters mit den starken Instrumenten der Lohnpolitik, der Privilegienzuweisung und mit erheblichem propagandistischem Aufwand gestützt wurde, noch früher und stärker hervor. Dies gilt auch für die neuen Industriestädte, die zwar politisch stark privilegiert waren, zugleich jedoch in ihrer Wohnungs- und Städtebaupolitik auf einen dynamischen sozialkulturellen Wandel reagieren mussten und beim Festhalten an der traditionellen Leitfigur „des Arbeiters“ auf zunehmende praktische Probleme stießen. In den Aufbaujahren Eisenhüttenstadts materialisierte sich die Fixierung auf „den Arbeiter“ noch in einem großzügig ausgestatteten „Ledigenheim“, vor allem aber in den seit 1952 errichteten, geradezu luxuriös ausgestatteten sogenannten Arbeiterpalästen des zweiten Wohnkomplexes.<sup>45</sup> Letztere erschienen in der Geschichte proletarischen Wohnens geradezu als Paradies, und tatsächlich lautete noch der Titel eines 1979 erschienenen, bekannten Romans von Hans Weber „Einzug ins Paradies“ (d. h. in eine Großsiedlung).<sup>46</sup> Doch vollzog sich bereits in der Zeit nach der am 17. Juni 1953 offenkundig gewordenen schweren Legitimationskrise des Systems eine schrittweise Dezentrierung und erzwungene Differenzierung der sozialistischen Wohnungs- und Städtebaupolitik. Es traten nicht nur mit dem unumgänglichen Ausbau der sozialen Infrastruktur der Kinderkrippen, Schulen und Jugendeinrichtungen neue Leitbilder wie etwa „die Jugend“ hervor, die das hegemoniale Konstrukt „des Arbeiters“ im städtischen Alltag verblassen ließen. Auch im ganz praktischen Sinne des Wandels der Familienformen wurde spätestens in den 1970er Jahren die Erosion der klassischen vier- oder mehrköpfigen „Arbeiterfamilie“ offenkundig. Die Kommunen reagierten hierauf, indem sie ihre Wohnungspolitik unter anderem verstärkt auf den Bau von Kleinwohnungen für Einzelpersonen oder Alleinerziehende ausrichteten.<sup>47</sup>

Auch in anderen Bereichen der kommunalen Wohnungspolitik stieß eine dogmatische Auslegung der Arbeiter bevorzugenden Bestimmungen auf zunehmende Schwierigkeiten. Im Feld der stark umkämpften Wohnungsvergabe bestand beispielsweise, wie jüngst Christian Rau gezeigt hat, eine starke Diskrepanz zwischen den Richtwerten zur Privilegierung

<sup>43</sup> Philipp Heldmann: Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks: Konsumpolitik in der DDR der Sechzigerjahre, Göttingen 2004, S. 310.

<sup>44</sup> Ina Merkel: Im Widerspruch zum Ideal. Konsumpolitik in der DDR, in: Heinz-Gerhard Haupt/Claudius Torp (Hrsg.): Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890-1990. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2009, S. 289-304, hier S. 301.

<sup>45</sup> Vgl. Andreas Ludwig: Eisenhüttenstadt. Wandel einer industriellen Gründungsstadt, Potsdam 2000.

<sup>46</sup> Hans Weber: Einzug ins Paradies, Berlin 1979.

<sup>47</sup> Christoph Bernhardt: Entwicklungslogiken und Legitimationsmechanismen im Wohnungsbau der DDR am Beispiel der sozialistischen Modellstadt Eisenhüttenstadt, in: Bernhardt/Wolfes: Schönheit, S. 341-365.

von Arbeitern und der tatsächlichen sozialen Zusammensetzung der Wohnungssuchenden. Erschwerend kam hinzu, dass der berufliche Status von Antragstellern als „Arbeiter“ nicht immer eindeutig zu ermitteln war, was der Camouflage der Kandidaten Vorschub leistete.<sup>48</sup> In den Arbeiterwohnungsgenossenschaften (AWG) gelang es ebenfalls häufig nicht, die gewünschte Dominanz von Arbeitern in den Leitungspositionen sicherzustellen, da die Mitglieder sich dies nicht vorschreiben ließen und vielfach eher Angehörige „der Intelligenz“ in die Vorstände wählten.<sup>49</sup>

Seit den frühen 1970er Jahren wurde das Spannungsverhältnis zwischen der ideologisch vorgegebenen Suprematie der Arbeiterklasse und der sozialen Ausdifferenzierung der Gesellschaft auch in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zunehmend problematisiert. So hob eine 1987 von der Bauakademie der DDR und der Weimarer Hochschule für Architektur und Bauwesen durchgeführte soziologische Studie zur Stadtentwicklung Magdeburgs zwar die starke proletarische Tradition der Stadt positiv hervor. Im gleichen Satz kritisierte sie jedoch die „Misere der bürgerlichen Tradition“ als starkes Defizit und Problem der Stadtidentität.<sup>50</sup> Den gegenüber anderen Städten unterdurchschnittlichen Anstieg der Erwerbstätigen im „nichtproduzierenden Bereich“ werteten die Autoren als ausgesprochenes Problem und konstatierten einen erheblichen „Nachholbedarf“ im Dienstleistungssektor. Dieser galt inzwischen als ein zentraler Indikator prosperierender ökonomischer Entwicklung.<sup>51</sup>

## 5.1 Arbeiterbilder im Stadtraum

Neben den „harten“ struktur- und verteilungspolitischen Instrumenten maßen Partei und Staat kulturpolitischen Maßnahmen einen hohen Stellenwert für die Stützung der sozialistischen Ideologie bei. Dies galt auch und gerade für die „Bekunstung“ des Stadtraums, die weit über die in der Bundesrepublik aufgelegten Programme „Kunst im öffentlichen Raum“ hinausging und auf eine Verbildlichung der „sozialistischen Lebensweise“ abzielte.<sup>52</sup> Kunst im öffentlichen Stadtraum diente „als Mittel einer neuen gesellschaftlichen Sinnstiftung zur Mobilisierung der Massen in Richtung Sozialismus“, hielt der DDR-Architekturkritiker Bruno Flierl rückblickend fest.<sup>53</sup> Dies galt besonders für die „Neuen Städte“ und lässt sich am Beispiel von Eisenhüttenstadt und Halle-Neustadt exemplarisch zeigen.

In Eisenhüttenstadt, wo bis 1989 insgesamt etwa 90 Plastiken im Stadtraum aufgestellt wurden,<sup>54</sup> dominierte die Programmatik der Arbeiterbilder nur in den Anfangsjahren. Sie wurde repräsentiert etwa von der Steinskulptur „Der Maurer“ an der Straßenfront des Friedrich-Wolf-Theaters und von Plastiken wie „Stahlwerker“ oder „Vom Eisen zum Stahl“.

<sup>48</sup> Christian Rau: Grenzen und Spielräume in der „Fürsorgediktatur“: Staatliche Wohnungspolitik und städtische Wohnraumlentung in Leipzig in den 1970er und 1980er Jahren, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2012, H. 2, S. 132–162, hier S. 145f.

<sup>49</sup> Ebd., S. 137.

<sup>50</sup> Fred Staufenbiel: Stadtentwicklung Magdeburg – Soziologische Studie, Weimar 1987, S. 30f.

<sup>51</sup> Ebd., S. 32, 34.

<sup>52</sup> Peer Pasternack: Kunststadt. Künstlerische Stadtraumaufwertung, in: ders. (Hrsg.): 50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation, Halle 2014, S. 349–352, hier S. 350.

<sup>53</sup> Bruno Flierl: Politische Wandbilder und Denkmäler im Stadtraum, in: Flacke: Auf der Suche, S. 47–60, hier S. 47.

<sup>54</sup> Stadtverwaltung Eisenhüttenstadt: Eisenhüttenstadt. Architektur-Skulptur, Eisenhüttenstadt 1998, S. 73.

An prominenter Stelle in der Eingangshalle des am Zentralen Platz errichteten „Hauses der Parteien und Massenorganisationen“ prangte ein 6 mal 12 Meter großes Wandmosaik des Malers Walter Womacka, das Stahlwerker und Bauarbeiter, Schmied und Bauer unter der roten Fahne des Kommunismus, strahlender Sonne und Friedenstaube zeigte und somit alle Zutaten eines sozialistischen Idealbildes vereinte.<sup>55</sup>

Stärker jedoch prägten bereits seit der Frühzeit Themen aus den Bereichen Familie und Natur, Frauendarstellungen, Tierplastiken und Büsten bekannter Autoren und Komponisten wie Heinrich Heine, Hanns Eisler und Friedrich Wolf die Bildproduktion.<sup>56</sup> Brunnen mit Plastiken wie „stehender Junge“ oder „Mädchenfigur“<sup>57</sup> erlangten bald durch zahlreiche fotografische Reproduktionen eine gewisse ikonische Bedeutung. Zum trotz aller politischen Bevormundung und Instrumentalisierung relativ vielschichtigen Programm der Kunstproduktion für den sozialistischen Stadtraum trugen auch Einflüsse aus dem Ausland bei, wie z. B. Werke des mexikanischen Künstlers Diego Rivera auf die frühe Wandbildgestaltung<sup>58</sup>. Auch wurden z. B. in Eisenhüttenstadt ab 1970 keine Auftragsarbeiten mehr vergeben, sondern Skulpturen direkt aus den Ateliers der Künstler angekauft, wodurch sich deren Gestaltungsspielräume erweiterten.

In Halle-Neustadt, wo bereits während der Bauzeit 136 und bis zum Ende der DDR 184 Kunstwerke im Stadtraum realisiert wurden, definierte eine schon 1966 erstellte „Bild-künstlerische Konzeption“ fünf Ideenkomplexe als Hauptthemen für die Ausgestaltung des öffentlichen Raums. Darunter waren zum Beispiel die Sujets „Aufbau des Sozialismus“, „Völkerfreundschaft“ und „Kampf gegen den Imperialismus“, die in den Wohnkomplexen als „Rahmenthemen“ umgesetzt werden sollten.<sup>59</sup> In der Realität blieben jedoch explizit politisch-ideologische Motive, zu denen etwa die Leninbüste von K. S. Bojarski oder die Darstellung eines Panzerzugs zur Erinnerung an die Märzkämpfe in Mitteldeutschland 1921 zählten, in der Minderheit. Wo solche Themen oder auch die Leitfigur des Arbeiters weiterhin thematisiert wurden, geschah dies zunehmend in Form einer Selbsthistorisierung der sozialistischen Bewegung bzw. der DDR, so z. B. in dem Großwandbild „Die Einheit der Arbeiterklasse und die Gründung der DDR“ von José Renau. Eine quantitative Auswertung der schließlich in Halle-Neustadt realisierten Motive zeigt, dass – wie in Eisenhüttenstadt – ein relativ hoher Anteil auf die Themenfelder „Natur/Familie/Freizeit/Sport“ (34 Prozent) und Politik/Geschichte (23 Prozent) entfällt, während Motive aus der Arbeitswelt mit einem Anteil von drei Prozent nur selten aufgegriffen wurden.<sup>60</sup> Statt der früheren Heroisierung des Arbeiters bestimmte seit der Mitte der 1970er Jahre die Parole: „So sollt ihr leben!“ in zunehmendem Maße das Bildprogramm für den Stadtraum.<sup>61</sup> 1982 räumte der Rat der Stadt ein, dass „die Kraft der Kunst zur Freisetzung der Phantasie“ auch dazu dienen sollte, dem „Abstumpfen der Fähigkeit zum sinnlichen, gefühlsmäßigen Erleben der Umwelt“ bei den Einwohnern der Neuen Stadt

<sup>55</sup> Vgl. Richard Mader: Eisenhüttenstadt. Wanderung durch eine Stadt zwischen Oderbruch und Oberspreewald, Eisenhüttenstadt 1994, S. 8.

<sup>56</sup> Vgl. die tabellarische Aufstellung in: Stadtverwaltung Eisenhüttenstadt: Eisenhüttenstadt, S. 103ff.

<sup>57</sup> Ebd., S. 72.

<sup>58</sup> Flierl: Politische Wandbilder, S. 48f.

<sup>59</sup> Peer Pasternack: Themen und Botschaften. Die Motivik der Neustädter Kunst, in: ders. (Hrsg.): 50 Jahre Streitfall, S. 357–361, hier S. 358. Vgl. auch Wolfgang Hütt: Geplant und ausgeführt. Kunstwerke für die neuerrichtete Stadt, in: ebd., S. 353–356, hier S. 353; Pasternack: Kunststadt, S. 351.

<sup>60</sup> Pasternack: Themen und Botschaften, S. 357.

<sup>61</sup> Ebd.

infolge „einer gewissen Eintönigkeit des optischen Erscheinungsbildes“ entgegenzuwirken.<sup>62</sup> Die ideologischen Ziele der „Bekunstung“ waren zu dieser Zeit endgültig der Sorge der Verwaltung um die Identifikation der Einwohner mit ihrer Stadt gewichen. Diese galt es mit einer Zurichtung des Stadtraums auf Wohnzufriedenheit, Konsum und Freizeit im Dienste der Legitimationssicherung des Regimes zu stärken.

Auch in den *Verfahren* zur künstlerischen Gestaltung des Hallenser Stadtraums war eine gewisse Flexibilität gegenüber der herrschenden Ideologie angelegt. Auftraggeber für die Kunst im Stadtraum waren im Regelfall nicht Parteiinstanzen, sondern die Räte der Bezirke und Städte sowie, in Fällen der künstlerischen Ausgestaltung von Gebäuden, die jeweiligen „Investitionsträger“. Diese trafen auf der Grundlage einer Abstimmung mit Stadtplanern und Architekten sowie dem Verband Bildender Künstlern auch die Entscheidungen. Die zunehmende Einbeziehung von Künstlern in die Meinungsbildung führte wiederholt zu Konflikten. In dem bereits 1965 vom Rat des Bezirks berufenen Beirat für bildende Kunst und Baukunst kritisierten die dort vertretenen Künstler etwa mehrfach die monotone Gestaltung der Wohnbebauung Halle-Neustadts und monierten ihre mangelnde Beteiligung an der städtebaulichen Planung, freilich ohne Erfolg. Im Gegenteil wurden einzelne missliebige Kunstwerke wegen angeblich formalistischer Gestaltung wieder abgebaut, so etwa eine große Bronzeplastik von Wieland Förster, die 1972 auf einen Schrottplatz verbracht wurde.<sup>63</sup>

Es bleibt jedoch festzuhalten, dass sozialistische Ideologie und Propaganda jenseits dieser Tendenzen einer beschränkten Pluralisierung über andere Medien und Wege im Alltag der Bevölkerung weiterhin stets präsent blieben, so z. B. bei Festen und Feiern und vor allem durch die kulturpolitischen Aktivitäten der Betriebe. So unterhielt allein das Kombinat EKO in Eisenhüttenstadt acht „Agitpropgruppen“ und vergab zahlreiche Aufträge für Gemälde, Erzählungen und Musikwerke, die vor allem die Aufbauzeit des EKO heroisierten, wie etwa das „Lied der Hochöfner“. <sup>64</sup> Als das VEB Erdölverarbeitungswerke Schwedt 1963 eine „Disposition für die künstlerische Ausgestaltung“ des Betriebsgeländes ausarbeitete, bildete deren Kern die Aufstellung von elf Auftragswerken zu Themen wie „Kraft der Arbeiterklasse“, „Arbeit und Freizeit“ usw.<sup>65</sup> So ergibt sich insgesamt der Eindruck einer dichotomen Entwicklung, bei der die Betriebe und die Partei als Hüter der sozialistischen Arbeitertradition erscheinen und die Städte als Exerzierfeld neuer politischer Tendenzen und künstlerischer Konzepte.

## 5.2 Stadt und Arbeiter als Sujet von Malerei und Fotografie

Die 1970er Jahre bildeten, ebenso wie im politischen Wechsel von Ulbricht zu Honecker sowie in systemübergreifender gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive,<sup>66</sup> auch auf dem Feld der künstlerischen Reflektion gesellschaftlicher und städtischer Entwicklungen in der DDR einen grundlegenden Wendepunkt. Der einzelne Mensch, so Jürgen Danyel mit Bezug auf Malerei und Fotografie, wurde seit dieser Zeit nicht mehr wie zuvor „eingefan-

<sup>62</sup> Rat der Stadt Halle 1982, zitiert nach: Pasternack: Kunststadt, S. 351.

<sup>63</sup> Hütt: Geplant und ausgeführt, S. 353f.

<sup>64</sup> Lutz Schmidt (Hrsg.): Einblicke – 50 Jahre EKO Stahl, Eisenhüttenstadt 2000, S. 110, 113.

<sup>65</sup> Siebeneicker: Auftrags-Werke, S. 62.

<sup>66</sup> Vgl. Konrad Jarausch (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008.

gen in die Verheißungen der Gemeinschaft oder der Geschichte“ präsentiert. Selbst der früher als „heroische Kunstnorm“ dargestellte Arbeiter werde nun oft ungeschminkt und nüchtern in „düsteren Portraits“ und „müde“ wiedergegeben.<sup>67</sup> Im Ergebnis habe auch das einstmals „ikonographische Arbeiterbild“ einen „fundamentalen Wandel“ zum Individuellen und Ironischen durchgemacht.<sup>68</sup>

Der grundlegende Perspektivwechsel äußerte sich außer in solchen Umdeutungen auch in einer veränderten Auswahl der Sujets sowohl in der Fotografie als auch in der Malerei. Stadtbilder als „Problembilder“, die nicht selten „verlassene Häuserlandschaften ohne Menschen“ zeigten, wurden zu einem Schwerpunkt der Malerei. Momente des Alltags wie etwa Christian Borcherts Fotografie „Regenschauer“ von 1971<sup>69</sup> und städtische „Antihelden“, zum Beispiel gestrandete Existenzen oder einsame Alte, bestimmten zunehmend die Bildproduktion.<sup>70</sup> Die überkommenen Leitfiguren wurden nunmehr vermehrt müde und enttäuscht dargestellt, so etwa in Ulrich Burchers Aufnahme einer „Betriebsdirektorin“ 1984.<sup>71</sup> Gleiches galt für die Teilnehmer politischer Aufzüge, die nicht mehr heroisch, sondern eher nüchtern bis desillusioniert gezeichnet wurden,<sup>72</sup> sowie für andere zentrale Rituale des Sozialismus, etwa Staatsbesuche oder betriebliche Auszeichnungen.<sup>73</sup> Sehr deutlich wurde der grundlegende Wandel der Perspektiven in der breiten Leistungsschau „Fotografie in der Kunst der DDR“ 1988 in Cottbus.<sup>74</sup>

Die nachhaltige Verschiebung von Wahrnehmungen bei anhaltender Dichotomie von traditionellen und neuen Sichtweisen bestimmte nicht nur die Arbeit der professionellen Künstler, sondern auch die Bilder der überaus großen Zahl an Amateurfotografen. In ihren Anfangsjahren arbeiteten die unter dem Dach des Kulturbunds sowie in Betriebsfotogruppen und Jugendklubs organisierten Laien noch stark in der Tradition der klassenkämpferischen Arbeiterfotografie der Weimarer Republik, etwa der Arbeiter Illustrierten Zeitung (AIZ).<sup>75</sup> Noch 1959 wurden sie in den „Grundsätzen für die Tätigkeit der Fotogruppen in der Deutschen Demokratischen Republik“ darauf verpflichtet, „mittels der Fotografie die sozialistische Bewusstseinsbildung und Erziehung vieler Werktätiger“ zu fördern.<sup>76</sup> Die Fotografen konnten sich jedoch seit Ende der 1950er Jahre auch auf Parolen der Partei berufen, die zur Auseinandersetzung mit der „Ankunft im sozialistischen Alltag“ aufforderten.<sup>77</sup> Im Kulturbund als wichtigstem Forum mit bereits 1951 96 Fotoarbeitsgemeinschaften mit 3840 Mitgliedern hatten, nach Meinung des ehemaligen Leiters

<sup>67</sup> Jürgen Danyel: Abschiede in Grau. Die Stadt als Gesellschaftsportrait in Malerei und Fotografie der späten DDR, in: ZeitRäume. Potsdamer Almanach 2015, hrsg. von Frank Bösch und Martin Sabrow, Potsdam 2015, S. 50–64, hier S. 50.

<sup>68</sup> Ebd., S. 51.

<sup>69</sup> Staatliche Kunsthallen Cottbus: Fotografie in der Kunst der DDR, Cottbus 1988, S. 37.

<sup>70</sup> Danyel: Abschiede, S. 55f.

<sup>71</sup> Staatliche Kunsthallen Cottbus: Fotografie, S. 39.

<sup>72</sup> So etwa Christina Glanz' Aufnahme „Demonstration“ von 1979, ebd., S. 45.

<sup>73</sup> Ebd., S. 51, 106.

<sup>74</sup> Dies belegen etwa die Aufnahmen „Walzwerk Burg“ von Hans-Wulf Kunze oder „Liebertwolkwitz“ von Wolfgang Gregor. Ebd., S. 49, 69.

<sup>75</sup> Thomas Honickel: Wir sind das Volk, in: Norbert Moos (Hrsg.): Utopie und Wirklichkeit. Ostdeutsche Fotografie 1956–1989, Bonn 2004, S. 9.

<sup>76</sup> Zitiert nach: Rainer Knapp: Chronik der Gesellschaft für Fotografie (GfF). Eine Zeitgeschichte zur Fotografie im Kulturbund der DDR 1945–1990, Berlin 2008, S. 85. Vgl. auch Honickel: Wir sind das Volk, S. 9.

<sup>77</sup> Ebd.

der Abteilung Fotografie Rainer Knapp, durchaus „neben der eng gesellschaftsbezogenen Fotografie andere Genres wie Landschafts-, Akt- und Experimentalfotografie [...] ihre Anhänger“. Für Letztere hätten allerdings „wenig Chancen bestanden, damit bei Wettbewerben erste Preise zu gewinnen“.<sup>78</sup>

Die zunehmende Vielfalt der Sujets schlug sich unter anderem im Vordringen großer themenbezogener Ausstellungen der im Kulturbund organisierten Fotografen nieder. Zu diesen zählten z. B. eine Präsentation zum Thema „Werden des sozialistischen Menschen“ 1963 im Rahmen der V. Arbeiterfestspiele im Bezirk Cottbus und die erste Sportfotoschau der DDR 1963 im Rahmen des IV. Deutschen Turn- und Sportfestes in Leipzig. Die Leitfigur des Arbeiters und seine Lebensumstände blieben dabei zwar ein wichtiges Thema, das insbesondere von den Betriebsfotogruppen weiter gepflegt wurde.<sup>79</sup> So präsentierten etwa auf den „II. Bitterfelder Fototagen“ im November 1976 25 Fotogruppen aus den Bezirken Halle und Leipzig ihre Arbeiten, als deren Thema „Der sozialistische Mensch und seine Lebensweise“ vorgegeben war.<sup>80</sup> Die Existenz einer gesonderten „AG Arbeiterfotografie“ des Kulturbunds<sup>81</sup> lässt sich aber als Indiz dafür deuten, dass dieses Thema schrittweise seine Hegemonie eingebüßt hatte und zum Spezialgebiet geworden war.

## 6. Schluss

Die hier angestellte Untersuchung zur Urbanisierungspolitik der DDR und zur Funktion der ideologischen Leitfigur des Arbeiters in städtischen Kontexten hat gezeigt, dass von einem reinen Fehlschlag der Strukturpolitik des SED-Staates jedenfalls im Hinblick auf stadt- und siedlungsstrukturelle Fragen nicht gesprochen werden kann. Vielmehr erwiesen sich die Gründung von „Neuen Städten“ und die industrielle Überformung bestehender Städte kurz- und mittelfristig trotz aller Probleme als raumwirtschaftlich und legitimationspolitisch durchaus erfolgreich. Auch das Leitbild des Arbeiters zeigte sich zumindest in den machtpolitischen Kernräumen der Betriebe und Institutionen von Partei und Staat als weitgehend stabil und persistent. Mit einer Mischung aus materiellen und kulturpolitischen Maßnahmen gelang es dem Regime, die urbanistischen Renommierprojekte so auszustatten, dass sie vergleichsweise attraktive Lebensbedingungen bieten und Zuzügler in großer Zahl anziehen konnten. Allerdings bleibt festzuhalten, dass dieses Modell für die ländlichen Regionen und kleinen Städte nicht finanzierbar war; dies näher auszuführen hätte den Rahmen des Aufsatzes gesprengt. Dort herrschten daher deutlich schlechtere Bedingungen und die räumlich-soziale Ungleichheit nahm seit den 1970er Jahren nochmals stark zu.

Selbst in den privilegierten Investitionsschwerpunkten war jedoch mit dem wohlfahrtsstaatlichen Programm von sozialer Infrastruktur und einem zunehmend differenzierten Wohnungs- und Kulturangebot bereits ein Keim für die mittelfristige Unterminierung des Konzepts einer industrialistischen Strukturpolitik mit ihrer hegemonialen Leitfigur des

<sup>78</sup> Knapp: Chronik, S. 11.

<sup>79</sup> So wurde z. B. 1967 die „I. Zentrale Leistungsschau der Betriebsfotogruppen“ im Rahmen der 9. Arbeiterfestspiele im Bezirk Dresden gezeigt. Ebd., S. 24.

<sup>80</sup> Ebd., S. 40.

<sup>81</sup> So wurde noch 1979/81 die Ausstellung „Bilder deutscher Arbeiterfotografen“ in mehreren Orten der DDR gezeigt. Ebd., S. 27.

Arbeiters gelegt. Wurden doch damit auch andere Gruppen der städtischen Bevölkerung aufgewertet, wie etwa Frauen und Jugendliche, und zunehmend auch Künstler und weitere städtische Akteure in einzelne Felder der Stadtentwicklung einbezogen. Zugespitzt formuliert tat sich zwischen der eindimensionalen, ökonomistischen und zentralistischen Urbanisierungsideologie und -politik des Regimes und der vielfältigen, sozial heterogenen Sphäre des Urbanen eine zunehmende Spannung, ja Kluft auf. Zwar konnten mancherorts durch informelle Netzwerke und Strategien, Improvisation und „Schwarzbauten“ bzw. „Schwarzwohnen“ einige der Defizite in der Stadtentwicklung gemildert werden.<sup>82</sup> Doch waren dynamischer soziokultureller Wandel und grundlegende Verschiebungen in der Wahrnehmung der gebauten Umwelt, wie sie die zunehmend kritische Darstellung der Städte und ihrer Bewohner in Fotografie und Malerei dokumentieren, Ausdruck einer Eigendynamik des Städtischen, die mit einer diktatorischen Urbanisierungspolitik auf Dauer nicht vereinbar war.

---

<sup>82</sup> Vgl. dazu jetzt Udo Grashoff: Schwarzwohnen als subversive und zugleich systemstabilisierende Praxis, in: Deutschland Archiv, 10. 3. 2016, <[www.bpb.de/222535](http://www.bpb.de/222535)> (5. 5. 2016).



